

Wohnraum und Verfolgung



Akim Jah, Christoph Kreutzmüller (Hrsg.)
*Zwangsräume. Antisemitische
Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945*
Berlin: Metropol, 2024, 384 S., € 34,–

Während für andere Städte des Deutschen Reichs bereits Studien zur Verdrängung jüdischer Mieterinnen und Mieter aus ihrem Wohnraum vorliegen, war dieses Themenfeld für das nationalsozialistische Berlin bislang kaum erforscht. Mit der Publikation *Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945* legen Akim Jah und Christoph Kreutzmüller eine sorgfältig edierte und quellenreiche Begleitpublikation zur gleichnamigen digitalen Ausstellung des Aktiven Museums vor. Der Band schließt nicht nur Forschungslücken, sondern eröffnet auch neue methodische Zugänge.

Im Zentrum stehen die antisemitische Wohnraumpolitik und die Einweisungen in sogenannte Judenhäuser und Zwangswohnungen. Der titelgebende Begriff »Zwangsräume« markiert eine begriffliche Distanz zur NS-Terminologie und rückt die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund.

Die Publikation gliedert sich in sechs Teile. Im ersten Abschnitt führen die Beiträge von Wolf Gruner und Johanna Kühne konzeptionell und empirisch in das Thema ein. Gruner beschreibt eindrucksvoll die schrittweise Transformation von Wohnungen als privaten Rückzugsorten zu Zwangsräumen, wobei er auch Ansätze des *spatial turn* integriert. Kühne präsentiert in ihrem Beitrag die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts, das auf der Grundlage quantitativer Auswertungen die räumliche Struktur und Verteilung von 791 Häusern mit Zwangswohnungen analysiert. Der Beitrag beleuchtet zudem das Zusammenspiel von unterschiedlichen Verwaltungsinstanzen und verweist auf den Umstand, dass es in Berlin zu keiner vollständigen räumlichen Segregation kam – vielfach wohnten jüdische und nicht-jüdische Mieterinnen und Mieter weiterhin Tür an Tür.

Der zweite Abschnitt widmet sich den zentralen Institutionen der antisemitischen Wohnraumpolitik, darunter dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (OFP), dem Generalbauinspektor Albert Speer (GBI), der Berliner Stadtverwaltung und der Gestapo. Dominic Strieder verdeutlicht in seinem Beitrag die entscheidende Scharnierfunktion des OFP beim behördlichen Zugriff auf Zwangsräume und der wirtschaftlichen Verwertung des enteigneten Vermögens. Demnach zählen die Akten der Vermögensverwertungsstelle zu den wichtigsten Quellen des Projekts. Magnus Brechtken wiederum verweist

auf die zentrale Rolle des GBI als Instrument zur systematischen Verdrängung jüdischer Mieterinnen und Mieter und hebt das enge Zusammenspiel von städtebaulichen Planungen und Verfolgungspolitik hervor. Christoph Kreutzmüller und Jakob Probst analysieren die Rolle der kommunalen Berliner Behörden bei der Durchsetzung und Organisation antisemitischer Wohnraumpolitik, die aktiv an der »Entbesitzung« jüdischen Eigentums mitwirkten. Akim Jah zeigt in seinem Beitrag die Verschränkungen zwischen dem System der Zwangswohnungen und der Deportation der jüdischen Bevölkerung durch die Gestapo. Ergänzt wird dieser Abschnitt durch weitere Beiträge, in denen auf die Zwangslage der Jüdischen Gemeinde und deren Personal eingegangen wird (Akim Jah, Jeanette Jakubowski).

Eine besondere Stärke des Bands liegt in der Verknüpfung struktureller Analysen mit mikrohistorischen Fallstudien, die im dritten Abschnitt im Mittelpunkt stehen. Anhand exemplarischer Biografien – etwa des Künstlers Arno Nadel, des Kaufmanns Ludwig Altenberg oder der Familien Jacoby/Rothholz – wird das Leben in Zwangswohnungen nachgezeichnet. Die Beiträge geben Einblick in soziale Spannungen, individuelle Handlungsspielräume und Formen des Widerstands. Hervorzuheben ist der Beitrag von Philipp Dinkelaker zur Nachkriegsrezeption des jüdischen Widerstandskämpfers Rudolf Schwersensky. Nach dem Krieg traten dessen langjährige Widerstandshandlungen in den Hintergrund, da eine kurzfristig erzwungene Kooperation mit den NS-Behörden in den Fokus rückte – während seine Zwangslage als Verfolgter weitgehend ausgeblendet blieb. Ausgehend von einem Gutachten zum Haus Ansbacher Straße 34 gelingt es Carolin Lange wiederum auf hervorragende Weise, die ideologisch motivierten Bestandsaufnahmen zu kontextualisieren und daraus Rückschlüsse auf die Lebenssituation der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner zu ziehen.

Die weiteren Abschnitte widmen sich vergleichend der NS-Wohnpolitik in anderen Städten (Köln, Dresden, Wien) und bieten Einblicke in die Arbeit am Projekt. Besonders hervorzuheben ist die durch das Geographische Informationssystem GIS gestützte quantitative Analyse von Wohnsitzveränderungen von Henning Borggräfe, die zu den zentralen Forschungsergebnissen des Projekts zählt. Werkstattberichte und ein Epilog runden den Band ab, darunter ein Beitrag zur 3D-Rekonstruktion ausgewählter Häuser mit Zwangswohnungen.

Mit diesem Band wird nicht nur ein bislang wenig beachtetes Kapitel antisemitischer Verfolgung in Berlin systematisch aufgearbeitet, sondern zugleich ein überzeugendes Modell kollaborativer Geschichtsvermittlung vorgelegt. Einziger Kritikpunkt sind die teils erheblichen Redundanzen zwischen den Beiträgen. Insgesamt ist die methodisch innovative, quellenbasierte und multiperspektivisch angelegte Publikation gemeinsam mit der digitalen Ausstellung ein weiterer Meilenstein der Erforschung des nationalsozialistischen Alltags in Berlin.

Michaela Raggam-Blesch
München